

Rost, Peter; Wessel, Anne

Schulwahl - ein neues Problem für Schüler und Eltern in Ostberlin

Die Deutsche Schule (1992) 3, S. 272-281



Quellenangabe/ Reference:

Rost, Peter; Wessel, Anne: Schulwahl - ein neues Problem für Schüler und Eltern in Ostberlin - In: Die Deutsche Schule (1992) 3, S. 272-281 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-312250 - DOI: 10.25656/01:31225

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-312250>

<https://doi.org/10.25656/01:31225>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Die Deutsche Schule

Zeitschrift für Erziehungswissenschaft,
Bildungspolitik und pädagogische Praxis

Jürgen Baumbach

Regionale Schulentwicklungsplanung in Ostdeutschland

260

Die Bildungsplanung in den neuen Bundesländern hat es nicht nur mit schulinternen Problemen zu tun, sondern sie muß sich mit einer ganzen Reihe externer (regionaler, demographischer) Faktoren auseinandersetzen. Nicht zuletzt dürfte es schwierig sein, das Bildungs(wahl)verhalten der Eltern zu antizipieren.

Peter Rost und Anne Wessel

Schulwahl – ein neues Problem für Schüler und Eltern in Ostberlin

272

Das „neue“ Bildungswesen in den neuen Bundesländern gibt den Eltern die Chance, für ihre Kinder zwischen verschiedenen Schulformen zu wählen. – Wie nehmen sie diese Chance wahr, welche Angebote finden Resonanz, welche Erwartungen sind damit verbunden? Eine erste Bilanz versucht, diese Fragen zu klären: Mit einem bedrückenden Ergebnis!

Günter Schreiner

Demokratie-feindliche Schule dort, demokratie-freundliche Schule hier? Eine vergleichende Erkundung bei SchülerInnen der 11. Klassenstufe in Ost- und Westdeutschland

282

Die Schule der DDR habe ihre Schülerinnen und Schüler indoktriniert und ihre Bereitschaft zum sozialen, politischen Engagement untergraben. – Solche Urteile werden durch eine vergleichende Untersuchung nicht bestätigt. Im Gegenteil: Der Erziehung zur Demokratie stellen Schülerinnen und Schüler in westlichen Schulen gar kein so gutes Zeugnis aus.

„Beziehungsstrukturen“ sind bekanntermaßen ein wichtiger Zielbereich didaktischen Handelns. Hier wird eine umfassende Kriteriensammlung zu Komplexen wie Lehrerverhalten, Schulklima, Schulleben, Unterrichtskonzepte usw. vorgestellt. Diese Kriterien können hilfreich sein, wenn Kollegien ihre Arbeit unter dem Aspekt des Sozialen Lernens weiterentwickeln wollen.

Gabriele Schöll

Selbständiges und aufmerksames Lernverhalten in Phasen Freier Aktivitäten

Ergebnisse zweier Beobachtungsstudien

314

Offenere Unterrichtsformen wecken neuerdings viel Engagement und Begeisterung. Ebenso wichtig ist es aber, kritisch hinzusehen, welche Prozesse in solchen Lernphasen wirklich ablaufen. Dies wird hier in Hinblick auf Selbständigkeit und Aufmerksamkeit systematisch zu erfassen versucht. Die Untersuchung soll dazu beitragen, die Möglichkeiten offener Unterrichtsformen realistisch einzuschätzen.

Melitta Gerich und Eiko Jürgens

Wochenplanarbeit als Methode der Inneren Differenzierung

Erfahrungen eines Praxisversuchs in der 5. und 6. Jahrgangsstufe

328

Offenere Unterrichtsformen verändern nicht nur in der Grundschule den Unterricht konsequent. Auch in der Orientierungsstufe können sie dazu beitragen, die ursprünglichen Zielsetzungen einer weitgehend selektionsfreien Schulstufe mit Integration und innerer Differenzierung besser zu realisieren.

Hannelore Faulstich-Wieland und Marianne Horstkemper

„Ohne Jungs fehlt der Klasse der Pep!“

Koedukation aus der Sicht von Schülerinnen und Schülern

348

Über Koedukation ist in dieser Zeitschrift wiederholt geschrieben und gestritten worden. Hier kommen nun die Betroffenen zu Wort: Diese begrüßen die Trennung der Geschlechter keineswegs – obgleich die Beziehungen zwischen Mädchen und Jungen nicht unproblematisch sind. – Weitere konzeptionelle Überlegungen sind nötig.

Uwe Hameyer

Der Funktionswandel von Lehrplänen

Orientierungspunkte und Entscheidungsfelder der Lehrplanrevision

361

Lehrpläne sollen helfen, die „Leitideen“ zeitgemäßen Unterrichts zu verwirklichen: Fächerübergreifendes Lernen, Grundbildung für alle und die Schlüsselprobleme soziokultureller Entwicklungsprozesse. Dies muß in den Entscheidungsfeldern Schule, Unterricht, Lernmedium und Lehrplanung umgesetzt werden. An einem Beispiel wird dieser Funktionswandel demonstriert.

Neuerscheinungen

375

- Andreas Fischer: Das Bildungssystem der DDR
Bernhard Muszynski (Hg.): Deutsche Vereinigung
Erziehungswissenschaft im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß
Klaus Klemm, Wolfgang Böttcher und Michael Weegen: Bildungsplanung in den neuen Bundesländern
Franzjörg Baumgart: Zwischen Reform und Reaktion
Herbert Deppisch und Walter Meisinger: Vom Stand zum Amt
Wilfried Breyvogel (Hg.): Piraten, Swings und Junge Garde
Josef Hoben (Hg.): Der dornige Schulweg
Eva Tesar (Hg.): Hände auf die Bank
Reidar Myhre: Autorität und Freiheit in der Erziehung
Hellmut Becker/Frithjof Hager: Aufklärung als Beruf
Wolfgang Klafki: Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik
Werner Habel: Wissenschaftspropädeutik
Hermann Röhrs: Die Reformpädagogik und ihre Perspektiven für eine Bildungsreform

Schulwahl – Ein neues Problem für Schüler und Eltern in Ostberlin

„Meine Mutti hat gesagt: Gymnasium ist gut. Für die späteren Jahre auch, weil man dann schneller eine Lehrstelle kriegt. Die nehmen eher einen vom Gymnasium als von der Realschule, weil der doch höher entwickelt ist, sagt man.“ So die Aussage von Alexander, 13 Jahre alt; nach eigener Einschätzung ein mittelmäßiger Gymnasialschüler einer siebenten Klasse, der Computerfachmann werden will. Er ist überzeugt davon, daß er die richtige Schulwahl getroffen hat und es schaffen wird.

Und wie geht es seinem Freund Jens, der leistungsschwächer ist als er? „Der hat mich davor gefragt, ob ich mit ihm auf die Gesamtschule gehe. Ich hab’ nein gesagt. Und da haben seine Eltern gesagt: da gehst Du mit aufs Gymnasium. Und jetzt hinkt er hinterher mit einer Fünf und ist unglücklich.“

Diese beiden Aussagen sprechen für sich und sind ein Spiegelbild der neuen Situation und damit verbundener vielfältiger Fragen für Eltern und Schüler.

Verändertes Bildungsverhalten von Schülern und Eltern

Untersuchungen im Ostberliner Bezirk Lichtenberg geben erste Einblicke in das Schulwahlverhalten von Schülern und Eltern für das laufende Schuljahr 1991/92 und für das Schuljahr 1992/93.

Die empirischen Daten wurden im Rahmen der Untersuchung „Schuljugendliche im Prozeß des Zusammenwachsens von Ost- und Westberlin“ mit erhoben, die von der Freien Universität Berlin, Institut für Allgemeine und Vergleichende Erziehungswissenschaft und dem Zentrum für Europäische Bildungsforschung e. V. Berlin durchgeführt wird (im folgenden „Berlin-Untersuchung“). In dieser Untersuchung sind Schüler der 7. bis 10. Klassen befragt worden: 664 in Ostberlin und 559 in Westberlin. Darüber hinaus wurden aus dieser Population 126 Schüler der 7. und 8. Klassen mit einem Zusatzfragebogen zum Schulwahlverhalten (im folgenden „Zusatzbefragung“) befragt. Ergänzend dazu liegen eine Reihe von Interviews mit Schülern der 7. Klassen vor. Als zweite Quelle für Aussagen zum Schulwahlverhalten dient die schriftliche Befragung von 287 Eltern, die gegenwärtig Kinder in den 6. Klassen haben (im folgenden „Elternbefragung“).

Ergebnisse der ersten Erhebungsphase 1991 lassen erkennen, daß auch in Ostberlin eine große Nachfrage nach höherwertigen Bildungsabschlüssen für die Kinder besteht. Als ein herausragendes Ergebnis muß die Tatsache gewertet werden, daß die von westdeutschen Bildungsforschern vorausgesagte Annäherung der Trends nach hohen Bildungsabschlüssen in West und Ost sich nicht nur bestätigt hat, sondern die Ergebnisse in Ostberlin die Erwartungswerte – mit 66 Prozent gewünschtem Hochschulabschluß – noch

weit übersteigen. Das sind ca. 20 Prozent mehr als in Westberlin. Es ist anzunehmen, daß in einigen Jahren eine Annäherung der Niveaus in Ost- und Westberlin erfolgen wird.

Tabelle 1: Welchen Schulabschluß willst Du erreichen? (Angaben in Prozent; n = 664 Ost, 559 West)

	Ost	West
Hauptschulabschluß	1	2
erweiterter Hauptschulabschluß	2	9
Realschulabschluß	30	42
allgemeine Hochschulreife (Abitur)	66	46
keine Angaben	1	1

Schulwahl – eine neue Herausforderung für Eltern und Schüler

Hinter dem sprunghaften Anstieg der Eltern- und Schülerwünsche nach hohen Bildungsabschlüssen werden eine Reihe von Problemen und Unsicherheiten bei der Schulwahl deutlich. Einige davon versuchen wir durch unsere Befragung der Eltern und Schüler zu ergründen und zu benennen. Die Schulwahlmöglichkeiten für Eltern und deren Kinder ist im Ostteil Berlins und in allen neuen Bundesländern eine völlig neue Situation, da im Verlauf der zehnklassigen Oberschule in der ehemaligen DDR, bis auf Übergänge zu Spezialschulen für eine relativ geringe Anzahl von Kindern, von den Eltern keine Wahlentscheidungen gefordert wurde. Und auch der Übergang zur Erweiterten Oberschule bzw. zur Berufsausbildung mit Abitur unterlag nicht dem alleinigen Eltern- und Schülerwunsch. Zum Beispiel betrug der Anteil des Altersjahrgangs, der an einer EOS das Abitur ablegte, 1990 ca. 9 Prozent und ca. 5 Prozent, der den Weg der Berufsausbildung mit Abitur beschritt.

Mit Inkrafttreten des Berliner Schulgesetzes auch für den Ostteil Berlins wurde ihm gleichzeitig eine vollkommen andersartige Schulstruktur übergestülpt. Nach einem gemeinsamen sechsjährigen Grundschulbesuch aller Kinder können diese ab der siebten Klasse entsprechend dem Elternwunsch verschiedene Schulformen der Sekundarstufe I (Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule) besuchen und damit auch qualitativ unterschiedliche Schulabschlüsse erlangen.

Eine Repräsentativbefragung (IFS-Umfrage 1991) der ostdeutschen Bevölkerung und Schülereltern zur Umstrukturierung des Schulwesens besagt eindeutig, daß zwar die Mehrheit der befragten Eltern den Abschied von der alten DDR-Einheitsschule begrüßt hat, sich aber gleichzeitig (57 Prozent) gegen eine kritiklose Übernahme der westdeutschen Schulstruktur ohne Berücksichtigung ostdeutscher Elternwünsche aussprach (vgl. Schule 1992, S. 3).

Mit der Wahl der Schulform werden nach wie vor entscheidende Weichen für die Lebensperspektive der Kinder gestellt. Für die Erziehungsberechtigten stellt die Schulwahlentscheidung somit eine äußerst verantwortungsvolle Interessenwahrnehmung für das eigene Kind dar. Die Eltern der Ostberliner Schülerinnen und Schüler standen im Frühjahr 1991 erstmals vor der schwierigen Entscheidung, einen Schultyp zu wählen, der ihren Kindern

einerseits den höchstmöglichen Schulabschluß ermöglicht und ihnen andererseits aber eine Überforderung auf Dauer erspart.

Von einer wirklich freien und demokratischen Schulwahlentscheidung der Eltern für ihre Kinder im Ostteil Berlins für das Schuljahr 1991/92 kann auch deshalb nicht gesprochen werden, weil die Informiertheit der Eltern zur übernommenen Schulstruktur trotz vielfältiger Bemühungen der Verantwortlichen, die häufig selbst erst Sachkompetenz erwerben mußten, unzureichend war.

Es handelt sich also bei dieser Schulwahl um ein Phänomen, bei dem die Erfahrungsgrundlagen sowohl bei Lehrern als auch bei Eltern und Schülern schwach ausgebildet sind. Sachkundige Entscheidungen seitens der Eltern sind aber nur möglich, wenn sie ausreichend über das neue Schulsystem, seine Struktur und Durchlässigkeit sowie über die Potenzen der einzelnen Schultypen informiert sind. Nach Angaben des Instituts für Schulentwicklungsforschung Dortmund (Repräsentativbefragung im November 1991, unter Einbeziehung der neuen Bundesländer) wurde eine durchschnittliche Nichtinformiertheitsquote von 20 bis 35 Prozent ermittelt (vgl. Schule 1992, S. 3).

In Vorbereitung des kommenden Schuljahres 1992/93 wurden im Ostteil Berlins in den Monaten Januar und Februar dieses Jahres Informationsveranstaltungen für Eltern, deren Kinder gegenwärtig die sechste Grundschulklasse besuchen, im Rahmen von Klassenelternabenden durchgeführt sowie vielfältige Informationsmaterialien durch die Schulen verteilt. Diese gezielten Informationen, gegeben von sachkundigen Vertretern der verschiedenen Schultypen, sowie die Grundschulempfehlungen sollten den Eltern die Entscheidungsfindung für die Wahl des geeigneten Schultyps für ihr Kind erleichtern. Mit der Anmeldung der Kinder durch die Erziehungsberechtigten in der gewählten Schule im März/April ist dieser Prozeß vorläufig abgeschlossen.

Die dringende Notwendigkeit, die Eltern gegenwärtig bei ihren Schulwahlentscheidungen zu unterstützen, zeigten auch die von uns besuchten Elternversammlungen der 6. Klassen, in denen – noch ein Jahr nach der Einführung des Berliner Schulgesetzes auch in Ostberlin – großer Informationsbedarf in grundlegenden Fragen spürbar war. Hauptfragen der Eltern gruppierten sich um folgende Sachverhalte:

- Zur Struktur und Organisation des neuen Schulsystems (Was heißt Probejahr? Welche Wege zum Abitur gibt es über den Berufsschulweg? Bekommt man dort ein fachgebundenes Abitur? Ist das Niveau an Gesamtschulen niedriger als an Realschulen oder Gymnasien?).
- Zu den Übergängen von einem Schultyp zu einem anderen (Ist der Übergang von der Realschule oder dem Gymnasium zur Gesamtschule möglich?).
- Zur Wertung der Abschlüsse (Sind die Abiturabschlüsse der Gesamtschule und des Gymnasiums gleichwertig? Wie ist die Anerkennung dieser Abschlüsse durch Industrie und Wissenschaft?).
- Zur Grundschulempfehlung (Welche Kriterien werden der Empfehlung

zugrunde gelegt? Wie ernst muß diese von den Eltern genommen werden?).

Da davon auszugehen ist, daß an solchen Informationsveranstaltungen nur ein Teil der Eltern teilnimmt – in den von uns besuchten Veranstaltungen in sechs Grundschulen Lichtenbergs waren es etwa die Hälfte – bleibt noch immer ein großer Teil der Eltern, der auf diesem Wege nicht erreicht wird und der die Möglichkeit haben sollte, zweckdienliche Informationen auf anderen Wegen zu erhalten.

Im folgenden wollen wir an einigen ausgewählten Aspekten darstellen, wie das mit dem Schuljahr 1991/92 übernommene gliedrige Berliner Schulsystem von den Ostberliner Schülern angenommen wurde und welche Probleme sie dabei sehen.

Wie begründen Schüler den gewählten Schultyp?

Von den im Bezirk Lichtenberg im Rahmen der Berlin-Untersuchung im Spätherbst 1991 befragten Schülern (n = 658) besuchen 304 das Gymnasium, 166 die Realschule und 188 die Gesamtschule. Die geringe Anzahl befragter Hauptschüler (nur 0,2 Prozent im gesamten Bezirk) bleibt in unserer Darstellung unberücksichtigt.

Tabelle 2: Warum besuchst Du den Schultyp, in welchem Du Dich jetzt befindest? (Angaben in Prozent; n= 664 Ost, 559 West).

		trifft zu in sehr starkem und starkem Maße	trifft zu in schwachen und sehr schwachem Maße	ohne Angaben
bessere Ausbildungs- chancen	Ost	89	9	2
	West	69	28	2
viele Freunde	Ost	46	52	2
	West	49	49	2
guter Ruf der Schule	Ost	45	51	2
	West	64	33	3
Wohnungsnähe	Ost	39	59	4
	West	52	46	3
viele ehemalige Klassenkameraden	Ost	35	63	2
	West	32	66	3
Elternwunsch	Ost	32	66	5
	West	32	65	2
Grundschul- empfehlung	Ost	29	66	2
	West	35	63	2

Befragt nach Gründen für die Wahl des Schultyps, in dem die Schüler gegenwärtig lernen, bringt die übergroße Mehrheit von ihnen zum Ausdruck, daß sie in der Schule ihrer Wahl *qualitativ hochwertige Abschlüsse erreichen* können und sich ihre Einstiegschancen ins Berufsleben damit verbessern (ca. 90 Prozent stimmten dieser vorgegebenen Antwortmöglichkeit in sehr starkem und starkem Maße zu). Der Abiturabschluß sowie auch

ein Hochschulstudium werden – wie jüngere Untersuchungen von westdeutschen Bildungsforschern belegen – als wichtig eingeschätzt, und das nicht nur von bildungsnahen sozialen Schichten. Behnken u. a. stellten in ihrer jüngsten Schulstudie (Erhebung Frühjahr 1990) fest, daß z. B. bei westdeutschen (56 Prozent) sowie damaligen DDR-Schülern (72 Prozent) eine hohe Bildungs- und Berufsqualifikation im Wert gestiegen sind und viele von ihnen eine erfolgreiche Berufskarriere einen anzustrebenden Lebenswert darstellt (S. 128).

Eine Schülerin der Klasse 7 aus einer Gesamtschule, die sich selbst als „mittelmäßige Schülerin“ einschätzt, sagt in einem Interview: „Ja, ich will unbedingt das Abitur machen. Ob ich's schaffe, liegt noch in den Sternen, aber ich will es unbedingt machen.“ Auf die Frage nach dem Grund antwortet sie: „Weil man weiß, daß es jetzt nicht mehr so einfach ist, Arbeit zu kriegen; früher hat man Arbeit gekriegt, ob man gut oder schlecht war.“ Für über 40 Prozent der Befragten war auch in starkem Maße ausschlaggebend, daß die von ihnen bevorzugte Schule von vielen Freunden besucht wird und diese Schule in der Öffentlichkeit bisher einen guten Ruf genießt. Auch die Wohnortnähe der Schule war für 39 Prozent mit ein Beweggrund für die getroffene Schulwahl. Der Elternwunsch hatte aus der Sicht der Schülerinnen und Schüler mit ca. 30 Prozent nur einen geringeren Stellenwert. Den niedrigsten Wert erreichte die Grundschulempfehlung (28 Prozent), besser: die Empfehlung der bisherigen Schulen (für das Schuljahr 1991/92 mußten sich bekanntlich alle Schüler von Klassenstufe 7 bis 10 für einen Schultyp der Sekundarstufe I bewerben).

Für zwei Drittel war somit die Schulempfehlung kaum Richtschnur für die getroffene Entscheidung. Dieses Ergebnis stimmt mit Untersuchungen westdeutscher Schulentwicklungsforscher überein, die einschätzten, daß sich die Eltern immer weniger an die Empfehlungen der Grundschulen halten, da diese nicht selten im Widerspruch zu den Bildungsaspirationen der Eltern stehen, die ein starkes Interesse an höherwertigen Abschlußqualifikationen für ihre Kinder haben. Damit sind die Auf- und Abstiegsprozesse zwischen den traditionellen Schulformen und damit die Gesamtmobilität sehr gering. „Wer einmal einer Schulform zugewiesen wurde, verbleibt dort mit 90prozentiger Wahrscheinlichkeit.“ (Jahrbuch der Schulentwicklung, Bd. 4, S. 74).

Sind Schüler mit der getroffenen Schulwahl zufrieden?

Interessant für uns war nunmehr, ob die Schüler mit ihrer getroffenen Schulwahl zufrieden sind und wie sie dies begründen (Zusatzbefragung).

Tabelle 3: Bist Du mit der Schule Deiner Wahl bisher zufrieden? (Angaben in Prozent; n = 126).

	Gymnasium	Realschule	Summe
Ja	41	41	82
Nein	14	2	16
keine Angaben	1	1	2

82 Prozent der befragten Schüler sind mit der Schule ihrer Wahl zufrieden und 16 Prozent bekundeten Unzufriedenheit, wobei es sich fast ausschließlich um Mädchen aus Gymnasien handelt.

Die Begründung der Schülerinnen und Schüler, die mit ihrer Schulwahl zufrieden sind, lassen sich entsprechend der Anzahl ihrer Nennungen um vier Sachverhalte mit folgender Rangfolge gruppieren:

- die Schule entspricht meinen Vorstellungen; sie stellt höhere Anforderungen; hier kann man etwas lernen; man wird gefordert; Schule macht Spaß; (34 Nennungen);
- zu den Lehrern besteht ein gutes Verhältnis; sie sind nett, freundlich und erteilen einen interessanten Unterricht; (31 Nennungen);
- zu den Mitschülern besteht ein gutes Verhältnis; es gibt unter ihnen viele Freunde; (27 Nennungen);
- dem Unterricht kann ich gut folgen; ich habe bisher gute Zensuren erhalten; (7 Nennungen).

Die *Begründung für Schulwahlunzufriedenheit* gruppieren sich bei fast anzahlmäßig gleicher Nennung (3 bis 5) um folgende sechs Sachverhalte:

- die Lehrer haben wenig Verständnis für Schüler; sie sind oft engstirnig und zu streng;
- die Anforderungen des Gymnasiums sind zu hoch;
- das Schulklima ist schlecht, hervorgerufen durch eine zu strenge Schulordnung und sich entwickelndes Strebertum;
- es gibt wenig Freizeit, da viele Hausaufgaben erteilt werden und man sich auf die häufig zu schreibenden Klassenarbeiten vorbereiten muß;
- oft fehlen Schulmaterialien, besonders Schulbücher; die Schulausstattung ist insgesamt schlecht;
- das äußere Bild der Schule (einschließlich Schulhof) spricht nicht an.

Es ist offensichtlich, daß Schule ihren Schülern das Gefühl der Zufriedenheit und des Wohlbefindens vermitteln kann, wenn sie vor allem den Bildungsbedürfnissen junger Menschen und – damit eng verbunden – der Gestaltung der dafür notwendigen sozialen Beziehungen gerecht wird; die Erfolgszuversicht für das Bestehen der Probezeit wird gestärkt. Schulische Überforderungen sowie gestörte soziale Beziehungen lösen hingegen häufiger Schulunzufriedenheit aus; die Erfolgszuversicht zum Bestehen der Probezeit wird geschwächt.

Wie zuversichtlich sehen Schüler ihre Probezeit?

Fast 90 Prozent der befragten Schülerinnen und Schüler aus der Zusatzbefragung rechnen stark damit bzw. sind sich ziemlich sicher, die vorgesehene Probezeit an der Realschule oder dem Gymnasium zu bestehen. Dagegen äußerten 13 Prozent von ihnen große bis starke Bedenken, nach der Probezeit an der Schule ihrer Wahl verbleiben zu dürfen.

Die Hälfte der erfolgszuversichtlichen Schülerinnen und Schüler haben höhere schulische Anforderungen erwartet bzw. sie fühlten sich von den neuen Anforderungen nicht überrascht, sondern hatten diese bei ihrer Schultypwahl mit bedacht. So meinen ca. 30 Prozent von ihnen, daß sie mit

dem bisher betriebenen Aufwand für das schulische Lernen auch künftig gut „über die Runden“ kommen werden.

Für 70 Prozent der Befragten trifft jedoch zu, daß für sie größere Anstrengungen nötig sind, um den erreichten Leistungsstand halten zu können oder ihn zu verbessern. Dennoch bringen nur etwa 30 Prozent von ihnen mehr Zeit als bisher für schulische Lernarbeit auf.

Für das Bestehen der Probezeit würden ca. 47 Prozent der Schülerinnen und Schüler gegebenenfalls auch privat bezahlten Nachhilfeunterricht als Möglichkeit in Anspruch nehmen, um Leistungsabfall zu verhindern.

Trotz der insgesamt überwiegenden Erfolgszuversicht für das Bestehen der Probezeit meinten fast 45 Prozent aller Befragten, daß sie Angst hätten, sich in dieser Zeit nicht zu bewähren. Vermutlich ist dieser Widerspruch auch Ausdruck von Unsicherheit beim Erfassen der tatsächlich sich vollzogenen Veränderungen der Leistungsanforderungen in Realschulen und Gymnasien sowie der Einschätzung des eigenen Leistungsvermögens.

Aber auch das veränderte Leistungsbewertungssystem (Skala von 1 bis 6) und seine häufig anzutreffende unsichere Handhabung durch die Lehrer nähren Schulängste, da ein Großteil der Schülerinnen und Schüler eine schlechtere Bewertung erbrachter Leistungen erfährt als bisher.

Tabelle 4: Meinst Du, daß Du die Probezeit bestehst und an Deiner Schule verbleiben kannst? (Angaben in Prozent; n = 126).

	in sehr starkem und starkem Maße	in schwachem und sehr schwachem Maße
damit rechne ich	88	12
habe höhere Anforderungen erwartet	50	50
muß mich anstrengen, um Leistungen zu halten oder zu verbessern	69	31
lerne viel, sehe trotzdem in einigen Fächern nicht durch	31	69
würde auch Privatunterricht nehmen	47	53
habe Angst, das Probejahr nicht zu bestehen	44	56

Welche Kinder profitieren vom neuen Schulsystem am stärksten?

Den Zusammenhang zwischen Bildungsabschlüssen und sozialer Herkunft hat bereits Bourdieu (1989, S. 222) durch tiefgründige Untersuchungen eindeutig belegt. Es wies z. B. nach, daß Schulerfolg und Dauerhaftigkeit von Lernprozessen wesentlich abhängen von der Höhe des direkt durch die Familie vermittelten kulturellen Kapitals. Dadurch sind die Bildungschancen bezogen auf die soziale Herkunft sehr ungleich verteilt. Kinder aus höheren, bildungsnahen sozialen Schichten sind gegenüber unterprivilegierten im Vorteil.

Auch Untersuchungen von Bildungssoziologen in der ehemaligen DDR zeigten, daß der Anteil der Abiturienten aus der Schicht der Intelligenz in den letzten 15 Jahren ständig gestiegen ist.

Während im Zeitraum von 1973 bis 1990 – fast gleichbleibend – nur ca. 13 Prozent der Abiturienten Kinder von Facharbeitern waren, hat sich der Anteil der Abiturienten aus der Intelligenz von 27 Prozent (1973) auf 58 Prozent (1990) erhöht (vgl. Steiner, Wenzke 1991).

Diese Tendenz hat sich auch unter den neuen Bedingungen einer Schulwahl durch die Eltern direkt fortgesetzt. Unsere Annahme, daß vor allem Kinder der Intelligenz, d. h. Kinder von Eltern mit Fachschul- oder Hochschulabschluß, das Gymnasium besuchen, hat sich bestätigt.

Von den befragten Schülern der Berlin-Untersuchung sind gegenwärtig im Gymnasium mehr als drei Viertel aller Schüler Kinder der Intelligenz und nur knapp ein Viertel aus niederen Sozialschichten. In der Realschule findet man dagegen nur noch 44 Prozent Intelligenz Kinder, dafür aber mehr als die Hälfte Kinder von Facharbeitern, einschließlich Meistern. Die Gesamtschule zeigt ein ausgewogenes Verhältnis von etwa je der Hälfte der Kinder aus Intelligenz- oder Arbeiterschichten.

Tabelle 5: Wahl des Schultyps nach höchstem beruflichen Abschluß des Vaters (Angaben in Prozent; n = 616, ohne Angaben = 165).

	Gymnasium	Realschule	Gesamtschule
Väter insgesamt	48	23	29
ohne Abschluß	2	3	4
Facharbeiter	10	42	32
Meister	10	11	9
Fachschulabschluß	8	11	13
Hochschulabschluß	70	33	42

Da der berufliche Abschluß des Vaters und der der Mutter korreliert, ergeben sich bei Darstellungen nach dem Berufsabschluß des Vaters oder der Mutter gleiche Trends.

Uns interessierte nunmehr, ob bereits ein Jahr nach der Einführung des Berliner Schulgesetzes in Ostberlin Veränderungen bei der Schulwahl sichtbar werden und befragten deshalb Eltern (Wertung der Aussagen nur eines Elternteils), die gegenwärtig Kinder in der 6. Klasse der Grundschule haben und sich zur Zeit für einen Schultyp entscheiden müssen (Elternbefragung). Sie repräsentieren ca. 20 Prozent aller Schüler dieser Klassenstufe des Bezirkes Lichtenberg (ein Bezirk mit für Berlin typischer sozialer Zusammensetzung, d. h. mit relativ hohem Intelligenzanteil).

Das Befragungsergebnis zeigt, daß der Elternwunsch nach Abschluß des Abiturs mit 60 Prozent (Umfrage IFS-Ost 1991; 51 Prozent) noch immer an der Spitze rangiert; 34 Prozent (IFS-Ost: 36 Prozent) wünschen für ihr Kind einen Realschulabschluß und nur 6 Prozent (IFS-Ost: 13 Prozent) der Kinder sollen die Hauptschule abschließen.

Betrachtet man die Elternwünsche aus der Sicht ihres eigenen beruflichen Abschlusses, so ist die Tatsache nicht überraschend, daß Eltern mit hohem

Bildungsabschluß häufiger einen hohen Schulabschluß für ihr Kind wünschen als Eltern mit niedriger Qualifikation.

Von 89 Intelligenz-Familien – davon mindestens ein Elternteil mit Hochschulabschluß – wünschen über 80 Prozent für ihr Kind das Abitur; bei Eltern mit Fachschulabschluß sind es zwei Drittel, die das Abitur und ca. ein Drittel, die den Realschulabschluß wünschen, und bei den Facharbeitern sollen nur ca. ein Drittel der Kinder das Abitur ablegen und weit über die Hälfte den Realschulabschluß erwerben.

Tabelle 6: Schulabschlußwunsch nach höchstem beruflichen Abschluß der Eltern (Angaben in Prozent; n = 286).

	Fach- arbeiter	Meister	Fachschul- abschluß	Hochschul- abschluß
Hauptschulabschluß	12	12	3	3
Realschulabschluß	57	38	31	13
Abitur/Hochschulreife	31	50	66	84

Befragt nach den Wünschen für den endgültigen Berufsabschluß ihres Kindes streben 28 Prozent der Eltern eine Berufsausbildung, 16 Prozent eine Fachschulausbildung, 29 Prozent eine Ausbildung an einer Fachhochschule und 27 Prozent ein Universitätsstudium an. Damit befördern insgesamt 56 Prozent der Eltern ein Hochschulstudium für ihre Kinder.

Zwischen dem gewünschten Schulabschluß und dem angestrebten Berufsabschluß besteht ein enger Zusammenhang. 88 Prozent der Kinder, die das Abitur erwerben sollen, werden von den Eltern auch für ein Studium an Fachhochschulen (45 Prozent) oder Universitäten (43 Prozent) benannt. Nur 7 Prozent der künftigen Abiturienten sollen eine Fachschule besuchen, allerdings auch 5 Prozent (zumindest vorerst) einen Beruf erlernen.

Tabelle 7: Zusammenhang zwischen Schulabschluß- und Berufsabschlußwünschen (Angaben in Prozent; n = 286).

	Schulabschlußwunsch		
	Hauptschul- abschluß	Realschul- abschluß	Abitur/Hoch- schulreife
Berufsabschlußwunsch			
Berufsschule/Lehre	89	60	5
Fachschule	11	34	7
Fachhochschule	0	6	45
Universität	0	0	43

Die schon benannte Tatsache, daß Eltern mit hohem eigenen Bildungsabschluß auch für ihre Kinder hohe Abschlüsse wünschen, trifft auch auf den Berufswunsch voll zu.

Kinder von Facharbeitern sollen vorwiegend einen Beruf erlernen (53 Prozent) oder eine Fachschule besuchen (24 Prozent), nur 8 Prozent sollen an einer Universität studieren. Bei den Eltern mit Hochschulabschluß ergibt

sich das umgekehrte Bild: ca. 80 Prozent sollen ein Hochschulstudium aufnehmen, davon 42 Prozent an einer Universität, aber nur 10 Prozent einen Beruf erlernen. Dabei geht ein großer Teil der Eltern mit den (ehrgeizigen) Wünschen für eine Ausbildung ihrer Kinder – zumeist eine Stufe – über den eigenen Berufsabschluß hinaus.

Tabelle 8: Berufsabschlußwunsch nach höchstem beruflichen Abschluß der Eltern (Angaben in Prozent; n = 286).

	Fach- arbeiter	Meister	Fachschul- abschluß	Hochschul- abschluß
Berufsschule/Lehre	53	50	23	10
Fachschule	24	12	16	10
Fachhochschule	15	25	36	35
Universität	8	13	25	44

Es ist anzunehmen, daß die geäußerten Wünsche der Eltern durch die realen Umstände mehr oder weniger korrigiert werden. Gegenwärtig zeichnet sich zum Beispiel bei den Abiturienten des Jahrgangs 1992 ab, daß der Drang zu den Universitäten und Hochschulen gar nicht so groß ist und viele einem (vielleicht sicheren) Beruf in der Wirtschaft oder Verwaltung den Vorrang geben.

Unsere bisherigen Untersuchungen belegen, daß durch das neue Schulsystem die *soziale Selektion verschärft* wird und die eigentlichen „Gewinner“ Kinder aus bildungsnahen sozialen Schichten (Intelligenz) sind.

Literatur

- Behnken, I. u.a.: Schülerstudie '90. Jugendliche im Prozeß der Vereinigung. Juventa Verlag, Weinheim und München 1991
- Bourdieu, P.: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1989
- Rolff, H.-G.; Klemm, K.; Tillmann, K.-J. (Hrsg.): Jahrbuch der Schulentwicklung, Band 4. Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1986
- Schule im Spiegel der öffentlichen Meinung. In: „Deutsche Lehrerzeitung“, 39 (1992) 15, S. 3
- Steiner, I.; Wenzke, G.: Der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Schulerfolg am Beispiel der Schule der DDR. Oktober 1991, Manuskript eines Beitrages für eine Studie

Anne Wessel, geb. 1938, Dr. habil., Studium der Pädagogik, Promotion (1974) und Habilitation (1986) auf dem Gebiet der Medienpädagogik, seit 1991 Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt Schulwahlverhalten.

Peter Rost, geb. 1950, Dr. paed., Studium der Pädagogik, Promotion auf dem Gebiet der Didaktik 1988, seit 1991 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt Schulwahlverhalten.

Anschrift: Zentrum für Europäische Bildungsforschung e. V., Schulstr. 29, O-1100 Berlin